

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

**Auf Sammelanzeigen**  
kommen 50% Zuschlag

**Für Plakatschriften**  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

**Gerichtsstand**  
für beide Teile ist Calw

# Calwer Tagblatt

**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw**

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Sernsprecher Nr. 9**

**Verantwortl. Schriftleitung:**  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

## Nichtsfagende Schlußformel in Basel

Schlußfolgerungen und Entscheidung bleiben der Regierungskonferenz überlassen

U. Basel, 22. Dez. Der Redaktionsrat des Sonderauschusses hat am Montagabend die Abfassung der Schlußfolgerungen des Gutachtens unter dem Vorsitz des Präsidenten Beneduce begonnen. Die Beratungen gehen mit allen Kräften dem Ende zu. Die Einigungsformel, die gefunden wurde, ist die, daß auf besondere Empfehlungen und Anregungen verzichtet wird, daß in den Schlußfolgerungen weder die Frage der Reparationen noch der privaten Schulden mit bestimmten Hinweisen aufgeführt wird. Man wird betonen, daß der Ausschuss auf den Antrag Deutschlands, gemäß dem Youngplan eine genaue Prüfung der Gesamtheit der deutschen Verhältnisse vorgenommen hat, daß der Eindruck, den man von den besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands erhielt, ein überaus starker ist, und deshalb die Regierungskonferenz auffordert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Diese Einigungsformel, niemand zulebe und niemand zuleide, wird von allen Vertretern unterzeichnet. Für Deutschland werden keine neuen Bindungen gefordert. Frankreich überläßt die Entscheidung über geschlichtete und ungeschlichtete Reparationen der Regierungskonferenz. England läßt die Frage der privaten Verschuldung nur nach allgemeinen Gesichtspunkten ausführen. In einer Einleitung zum Gutachten dürfte der Sonderauschuss dann noch einen Überblick über die Art und Bedeutung seiner Tätigkeit geben.

Die englisch-französischen Verhandlungen in Paris über die Schulden- und Tributfrage sind unterbrochen worden. **Neuannäherungsort der Regierungskonferenz?**

In Pariser politischen Kreisen verlautet, daß man jetzt Lausanne als Tagungsort für die am 15. Januar bevorstehende Tributkonferenz der Regierung in Aussicht genommen habe. Es wird dabei die Frage aufgeworfen, ob die Konferenz am 2. Februar das heißt, zum Beginn der Abrüstungstagung beendet sein werde.

### Die Aussprache über das Hooverjahr in Washington

Wie aus Washington berichtet wird, nahm die Senatsaussprache über das Hooverjahr teilweise heftige Formen an. Senator Howell (Nebraska), ein Gegner des Hooverjahres, schlug einen Zusatz vor, in dem die Ratifizierung von der Bedingung abhängig gemacht wird, daß die Alliierten in eine Revision des Versailler Vertrages einwilligen und Deutschland seine Kolonien zurückgeben. Norris (Nebraska) und Johnson (Kalifornien) klagen die Regierung an, sie wende Zwang an, um die Ratifizierung zu erreichen. Diese Handlungsweise sei verfassungswidrig, da sie auf eine weitere Erhöhung der Schulden hinführe. Mac Kellar (Tennessee) schlug einen Zusatz vor, der die Dauer des Moratoriums auf ein Jahr begrenzt. Johnson (Kalifornien) erklärte, die Schuldnerländer seien entschlossen, die Vereinigten Staaten um eine zweijährige Verlängerung des Moratoriums und um eine Herabsetzung der Schulden zu bitten. Senator Smoot gab seine Zustimmung, daß anstelle

### Eine Rundfunkrede des Preiskommissars

U. Berlin, 22. Dez. Am Montagabend sprach im Rundfunk Reichskommissar Dr. Girdeler über „Zwang der Preisbildung“. Dabei führte er u. a. aus: Eine allgemeine Preislenkung müsse erst organisch angebahnt und durchgeführt werden, wenn dabei nicht die Schäden größer sein sollen als die Vorteile. Es sei daher notwendig, die Preislenkung zu einer ganz umfassenden und allgemeinen auszugestalten, wenn nicht unser Wirtschaftsleben neuen schweren Erschütterungen ausgesetzt werden solle. Es gelte sozusagen rudertartig die gesamte Wirtschaft auf einen anderen Preis-, Lohn- und Gehaltsstand zu überführen. Dies sei insofern des Sturzes der englischen Währung und seiner Auswirkung auf die nordischen Währungen unumgänglich. Schon jetzt gelange aus den nordischen Ländern das Vieh billig in großen Mengen nach Deutschland und die englische Kohle stöke bereits auf das Binnenland vor. Diese und andere Ursachen führten dazu, daß in steigendem Maße die einzelnen Völker sich gegen Sondereinfuhr durch Zölle und andere Maßnahmen wehrten, um die eigene Wirtschaft zu retten.

Zu den anderen Ursachen gehöre die große politische und wirtschaftliche Anordnung, die das Diktat von Versailles nicht nur über Deutschland, sondern damit auch über die Welt gebracht habe. Nach seiner Ueberzeugung gehe man

seines Entwurfs das vom Repräsentantenhaus genehmigte Moratorium gefeiert wird und mit der Vorbehaltsklausel gegen die Kriegsschuldentilgung zur Verhandlung kommt. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß sich Hoover mit der Zustimmung einverstanden erklären werde.

Der bekannte amerikanische Finanzmann Otto Kahn erklärte vor dem Finanzausschuss des Senates, die Auslegung der internationalen Schulden sei nicht gleichbedeutend mit Schuldenstreichung. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen müsse er Schritte zum Schutz des Schuldners empfehlen. Er habe das Vertrauen, daß Deutschland schließlich seine Schulden bezahlen werde. Die amerikanischen Kredite für Deutschland seien keineswegs übertrieben, wenn man berücksichtige, daß sie einem klugen, aufrichtigen und arbeitssamen Volke gegeben worden seien. Die Verlängerung des Weltkriegs um nur einen Monat würde die Vereinigten Staaten mehr gekostet haben, als alle deutschen Anleihen. Die Kriegsschuldentilgung, die er nicht befürworte, sei im Augenblick nicht einmal so wichtig wie das Finden eines praktischen Ausweges aus den augenblicklichen Schwierigkeiten.

### Reine Vertagung der Abrüstungskonferenz

Die Gerüchte, daß die englische Regierung eine Verschlebung der Abrüstungskonferenz vorschlagen wolle, werden von zuständiger englischer Stelle als völlig unbegründet bezeichnet. Man rechnet in London zur Zeit damit, daß die Abrüstungskonferenz planmäßig eröffnet werden wird.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, hat sich am Montag nach London begeben, um mit der englischen Regierung über das Programm der bevorstehenden Abrüstungskonferenz zu verhandeln.

Staatssekretär Stimson teilte dem Präsidenten Hoover mit, daß die im Februar in Genf beginnende Abrüstungskonferenz möglicherweise 8 Monate (?) dauere. Die Kosten, die sich für die Vereinigten Staaten aus dieser Konferenz ergeben, würden monatlich 55 000 Dollar betragen.

### Italiens Antwort auf die französische Abrüstungsnote

Die italienische Regierung hat auf die französische Abrüstungsnote am 19. Dezember mit einer Note geantwortet, in der die bekannnten Richtlinien der italienischen Politik in der Tributfrage erneut bekräftigt werden. Die italienische Regierung besteht auf einer Lösung, die zu einer wirtschaftlichen und finanziellen Gesundung aller Länder führt. Derartige Lösungen müssen nach Ansicht der italienischen Regierung den wechselseitigen Beziehungen zwischen den Staaten und den verschiedenen Wirtschaften Rechnung tragen und die Einzelinteressen mit den allgemeinen Interessen in Einklang bringen. Die italienische Regierung erklärt sich zu einem offenen Gedankenaustausch mit den übrigen Regierungen bereit. Eine Fühlungnahme zwischen den Sachverständigen beider Länder zum Studium der Frage könne nur nützlich und zweckmäßig sein. Es sei voranzusehen, daß der Baseler Ausschuss seine vorbereitenden Arbeiten in wenigen Tagen abgeschlossen haben werde und daß die Regierungen im Hinblick auf die bevorstehende internationale Reparationskonferenz in der Lage sein werden, bald zur unmittelbaren Behandlung der wichtigen Frage zu schreiten.

dem Zeitraum entgegen, in dem man zu einer Art Kaufhandel mit anderen Volkswirtschaften gelange. Jedes Land werde nur so viel aus dem anderen Land aufnehmen wollen, wie es selbst in dieses Land ausführe. Auf jeden Fall müsse sich daher Deutschland auf eine niedrigere Preisgrundlage herunterverarbeiten. Ein solches Abgleiten hätte ohne jede Notverordnung Monate wenn nicht Jahre gebraucht. Diese Zeit wäre von unerträglichen inneren Reibungen angefüllt gewesen. Durch die von der Notverordnung vorgegebenen Maßnahmen vermindere sich ab 1. Januar 1932 die Kaufkraft um einen Jahreswert von 35 Milliarden. Diese Minderung der Kaufkraft äthe alles in ihren Strudel. Damit dieser Strudel nicht vernichtend wirke, sei es notwendig, Kräfte einzuschalten, die den Vorgang regulierten. Je schneller die Regulierung erfolgen könne, und je organischer sie durchgeführt werde, desto besser werde die Wirkung sein.

Das Ziel könne nur sein, ein möglichst günstiges Verhältnis zwischen Kaufkraft und Preisen zu schaffen. Das Verhältnis sei dann am günstigsten, wenn dem relativ geringsten Preise die relativ größte Kaufkraft gegenüberstehe. Die Aufgabe könne nur sein, allen Berufsständen zu gewährleisten, daß ein gerechter Preis sichergestellt werde, das heißt, ein Preis, der sämtliche Selbstkosten decke und der an der Erzeugung und an dem Vertrieb Beteiligten aller Art eine Existenz in einem der heutigen

## Tages-Spiegel

In Stuttgart ist gestern ein großer Teil des Alten Schlosses, bekanntlich einer der schönsten Renaissance-Paläste Deutschlands, einem Großbrande zum Opfer gefallen. Die Verluste an historischen Werten sind unersehblich.

Die Sachverständigen in Basel haben sich bezüglich ihres Entschlusses auf eine nichtsfagende Schlußformel geeinigt. Die Schlußfolgerungen aus dem Gutachten soll die Regierungskonferenz ziehen.

Das Reichskabinett hat gestern die Kleine Notverordnung zu Ende beraten. Diese ist bekanntlich eine Ergänzung zu der letzten Notverordnung.

Veröffentlichungen der Pariser Presse über den angeblichen Inhalt des französischen Nichtangriffspaktes mit Rußland werden von der französischen Regierung dementiert, ohne daß jedoch der im August erfolgte Vertragsabschluss besprochen wird.

Japanische Infanterie hat gestern nach großer Artillerievorbereitung den Angriff auf Kinschau aufgenommen und die chinesischen Stellungen gesäumt.

Süddeutschland ist gegenwärtig das kälteste Gebiet Europas. Bisher hält Bad Tölz mit minus 23 Grad Räte den Rekord.

Notzeit entsprechenden Maßnahmen gebe, nicht mehr und nicht weniger.

Die verschiedenen Faktoren der Preisbildung seien aber so verschieden, daß sie alle gesondert auf die Möglichkeit der Einwirkung geprüft werden müßten. In jeder Preisbildung spielen z. B. Abgaben für die öffentlichen Haushalte, soziale Lasten usw. Eine Beeinflussbarkeit liege hier nur in der Möglichkeit vor, Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung zu üben. Den unmittelbaren Senkungen der Preisstärke stehe als höchst bedauerliche Preisbelastung die Erhöhung der Umsatzsteuer gegenüber. Die Notverordnung schaffe in geradezu kühner Weise scharfe Antriebe für die Abwärtsentwicklung der Preise. Eine wichtige Aufgabe falle der deutschen Hausfrau zu. Sie solle Güte und Preis prüfen.

Gestern wurden gemeinsam vom Reichswirtschaftsminister, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Schiele und Oberbürgermeister Dr. Girdeler die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Beamten empfangen. Die Besprechung galt den Fragen der Preislenkung und führte nach der grundsätzlichen Seite sowie auch bezüglich des Vorgehens auf einzelnen Gebieten im wesentlichen zu übereinstimmender Auffassung.

### Erzwungene Zerstörungen in Mainz

Niederreißung aller ehemaligen militärischen Gebäude  
U. Mainz, 22. Dez. Nachdem kurz vor dem Abzug der französischen Besatzung sämtliche alten Festungswerke rings um die Stadt in Trümmer gelegt wurden, soll das Zerstörungswerk jetzt seine Krönung erfahren durch die Niederreißung aller massiven Gebäude in Mainz, die frühere militärischen Zwecken dienten. Es sind dies etwa ein halbes Dutzend Kasernen, das große massive Gebäude des einstigen Proviantamtes, der umfangreiche Industriekomplex der früheren Konservenfabrik, die 60 Meter hohen Funktürme am Gantor und anderes. Mit dem Abbruch der aus dem Jahre 1865 stammenden Prinz-Karl-Kaserne ist schon begonnen worden. Die Abbruchkosten für diesen Bau allein stellen sich auf 65 000 Mark. Die Kosten für das gesamte Zerstörungswerk gehen in die Hunderttausende. Dabei ist diese ganze kostspielige und sinnlose Vernichtung wertvoller Bauwerke „auf Abrüstungskonto“ nur deswegen notwendig, weil die gegenwärtige schwere Wirtschaftskrise eine Verwendung der Bauten für wirtschaftliche Zwecke nicht möglich macht.

### Hitler fordert Prüfungszeit

zur Aufnahme in die NSDAP.

U. München, 22. Dez. Adolf Hitler veröffentlicht im „Völkischen Beobachter“ folgende Verfügung: „Die Erfahrungen in Hessen haben gezeigt, daß der beabsichtigte Eintritt in die NSDAP von Personen, die in der Dessektlichkeit bereits eine Rolle spielten, mit besonderer Sorgfalt überprüft werden muß. Während bisher beim Uebertritt von politischen Führern anderer Parteien in unsere Bewegung eine mehrmonatige Prüfungszeit bis zur endgültigen Aufnahme eingeschoben wurde, verfüge ich für die Zukunft folgendes: Ersuchen von Personen, die bisher in der Dessektlichkeit hervortraten, insbesondere, wenn diese bereits als politische Führer anderer Parteien eine Rolle spielten, in die NSDAP aufgenommen zu werden, ist nicht vor Ablauf einer Prüfungszeit von einem Jahr, gerechnet vom Tage der Einreichung des Aufnahmesuchens an, stattzugeben.“

Sorte ist...  
n Birnen...  
war der...  
n 10 U...  
auf. Die...  
war die...  
n, kleine...  
er Ware...  
rde viel...  
auf von...  
Lebens...  
wohl gut...  
rückte in...  
Gemüßen...  
erinner...

12 RM...  
; Haber...  
10,50 bis...  
6,20-7;

statt.

de

er.

n d...  
gen...  
Seuel...  
aft...  
fen

er.

bevorzugt...  
auch neue...  
der Bürg...  
einreichen...  
Blattes.

den...  
bbetrag...  
dem Be...  
rückung...  
im Hotel

nke...  
ptions...  
lagen,

zen...  
bunt...  
it

terer...  
r billigst

# Neue weltwirtschaftliche Wetterzeichen

Während die deutsche Einfuhr im November fast unverändert geblieben ist, sank die Ausfuhr schlagartig um fast 130 Millionen RM. auf 748 Millionen RM. Von Oktober zu November bedeutet das einen Absturz unseres Außenhandels um volle 14 v. H. Verglichen mit England, das im November ebenfalls wieder einen Ausfuhrrückgang zu beklagen hat, schlug der deutsche Außenhandelsabfall eine fast dreifache Geschwindigkeit ein. Diese Erscheinung ließe den Rückschluß zu, daß es der englischen Regierung gelungen ist, den bisher sehr raschen Außenhandelsabstieg aufzuhalten, während er bei uns noch fortdauert. Noch bekommen wir aber keinen Anlaß, uns etwa dabei zu beruhigen, daß der Mindereintrag unseres Außenhandels auf die Verengerung des englischen Marktes für deutsche Waren zurückzuführen sei.

Der Rückgang unseres Außenhandels läßt sich ebenso wenig auch aus der Verminderung der Rußlandausfuhr erklären, die mit der restlosen Erschöpfung der weitgehenden Kreditgewährung Deutschlands durch die Sowjetunion zusammenhängt. Die Wirklichkeit stellt sich viel ungünstiger für uns dar. Unsere ergiebigsten Außenmärkte, abgesehen von Großbritannien und Rußland, geraten in einen Zustand des offenen Zusammenbruchs. Das gilt nicht nur für die valutaunfähig gewordenen Länder, von denen Dänemark, an das wir fast doppelt soviel verkaufen wie an ganz Afrika oder fast soviel absetzen wie nach Indien, China und Japan zusammen, um ein volles Viertel, Schweden um ein Fünftel, Argentinien um ebensoviele und Britisch-Indien um mehr als ein Drittel im Bezug deutscher Waren abgenommen haben. Selbst die valuta starken Länder wie Frankreich, Italien, die Schweiz und die Tschechoslowakei, nach denen wir weit mehr als ein Viertel unserer gesamten Ausfuhrerzeugnisse verkaufen, drohten ihre Deutschlandeinfuhr um zehn bis sechzehn v. H.

Damit bricht eine der Säulen der französischen Auffassung zusammen, daß Deutschland aus seinem Außenhandel die Mittel für Tribute gewinnen könne, und damit stürzt ganz allgemein die Hoffnung der internationalen Finanzwelt ein, daß es Deutschland möglich sei, aus der Ausfuhr für seine Währung genügend Deckungsmittel zu gewinnen und gleichzeitig noch nennenswerte Rückzahlungen an kurzfristigen Krediten zu leisten. Das deutsche Verlangen nach einer Umwandlung der kurzfristigen Kredite in langfristige erscheint durch den Ausfuhrrückgang auf das ernsteste gerechtfertigt. Die Bereitwilligkeit Deutschlands, für seine privaten Auslandsverbindlichkeiten trotz der unbilligen Unterwürfung der deutschen Finanzgrundlagen durch das Ausland namentlich durch die unkaufmännische und unehrenhafte, geschäftlich rüchse Abrufung der kurzfristigen Kredite im letzten Sommer, gewinnt nunmehr die Bedeutung eines neuen ganz

großen Opfers des deutschen Volkes für die Auslandsinteressen. Umso lauter und bestimmter müssen wir als Gegenleistung des Auslandes die denkbar schärfste Herabsetzung der Zinsen für die deutschen Auslandsanleihen verlangen. Nach der Umwandlung etwa aller, auch der schwachen kurzfristigen Kredite in langfristige mußte jeder Zinssatz über 5 v. H. als Katastrophenzins betrachtet werden, durch den von vornherein unserer Wirtschaft die Erfüllung eines neuen Stillhalteabkommens unmöglich gemacht würde. Wahrscheinlich stellte sich ohnehin nach kurzer Zeit heraus, daß das Ausland seine Kapitalien nur sichern kann, wenn es einen noch weit niedrigeren Zinssatz zugestimmt.

Die Zeiten sind endgültig vorüber, in denen es im Verkehr mit Deutschland noch den niemals sachlich zu rechtfertigenden gewesenen Mißlozuschlag verlangen konnte. Die Auslandskredite an Deutschland sind die einzigen, über die in der Welt überhaupt noch verhandelt wird. Sie wären zu retten, wenn die Tribute fallen und die Zinsen sinken, während Milliardenkredite Amerikas an andere Länder bis auf schäbige Reste für alle Zeiten ausgeschöpft bleiben. Amerikanisches Geld ist heute selbst in Amerika, trotz der dort vorhandenen gewaltigen Reserven bestimmt nicht sicherer als in Deutschland, weil man in Amerika die Reserven nicht zu entfallen versteht, während in Deutschland dauernd alle Mann an den Pumpen stehen.

Auch dafür liefert die Novemberabwicklung unseres Außenhandels einen weiteren klassischen Beweis. Die Einfuhr Deutschlands ist in diesem Monat nicht gesunken, sondern hielt sich auf dem Oktoberstand, während saisonmäßig ein Rückgang um 12 bis 15 v. H. hätte eintreten müssen. Dieser Stillstand bedeutet also in Wirklichkeit einen Auftrieb der Einfuhr nach Deutschland. Er ist erfolgt trotz einer Verminderung der Lebensmitteleinfuhr und der Einfuhr von Fertigwaren, weil Deutschland in steigendem Grade ausländische Rohstoffe hereingekauft hat. Die genauere Nachprüfung dieses Einfuhrpostens ergibt die Abnahme der Rohstoffeinfuhr, also eine Beschränkung der Luxuswaren. Die Zunahme entfällt vor allem auf Baumwolle und andere unentbehrliche Industrierohstoffe. Antriebe für ihren Erwerb können nicht nur aus der günstigen Preislage entstanden sein, zumal diese in früheren Monaten für Lagerkäufe noch ausreicht gewesen ist. In der Zunahme dieser Einfuhr tritt ganz unzweifelhaft das erste Aufkommen neuer Unternehmungslust zutage. Sie ist ein Zeichen der Wirtschaft auf die erhoffte bessere Zeit, ein Zeichen ungebrochener Kraft und des Willens zu Arbeit. Die Einklösung dieses Wechsels hat im Verlauf der jetzt schwebenden und der noch bevorstehenden internationalen Verhandlungen durch das Ausland zu erfolgen.

## Neuer französischer Druck auf das Saargebiet

**II. Saarbrücken, 21. Dez.** Die Regierungskommission hat dem Landesrat den Entwurf einer Verordnung über Einrichtung einer Zentraldepotkasse für das Saargebiet zugestellt. Nach dieser Verordnung soll für alle zur Anlage verfügbaren Geldmittel der Landeskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich deren Sparkassen sowie sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechtes eine Zentraldepotkasse für das Saargebiet errichtet werden, die zum Geschäftsbericht des französischen Mitgliedes der Regierungskommission für die Finanzen gehört. Die Sparkassen der Gemeinden und Gemeindeverbände werden verpflichtet, ihre in flüssigen Werten anzulegenden Geldmittel bei der Zentraldepotkasse anzulegen.

In der Begründung heißt es, es sei das erste und einzige Ziel der Regierungskommission, die Sparkassen liquide und ihre liquiden Reserven jederzeit sofort greifbar zu halten, um den Einlegern auch in schlechten Zeiten jede Sicherheit zu geben. "Um sich die Möglichkeit einer sicheren und jederzeit flüssigen Anlage der der Zentraldepotkasse anvertrauten Sparkassenmittel zu sichern, hat die Regierungskommission Verhandlungen mit der B.Z. in Basel angeknüpft.

Die geplante Verordnung wird von einem Teil der hiesigen Presse scharf abgelehnt, da sie eine verschärfte Abriegelung des Saargebietes vom Reich darstelle und in sich die größten politischen Gefahren für die weitere Entwicklung im Saargebiet birge. Die Verordnung liefere das gesamte Sparkassenwesen der Willkür des Franzosen Morize aus. Gegen den in dieser Verordnung ganz offensichtlich gemachten Versuch einer weiteren wirtschaftlichen und politischen Abriegelung des Saargebietes vom Reich werde sich die Saarbevölkerung entschieden zur Wehr setzen.

## Laval zur Tribut- und Abrüstungsfrage

Frankreich bleibt unnachgiebig

— Paris, 21. Dez. Ministerpräsident Laval hat am Sonntag in einer Rede in der Stadt La Chapelle la Reine die Richtlinien des französischen Kabinetts für die bevorstehenden Reparations- und Abrüstungsverhandlungen bekanntgegeben. Frankreich wird niemals zugeben, so führte Laval unter stürmischem Beifall aus, daß der Youngplan zerrissen wird. Es wird sich nicht damit einverstanden erklären, daß die Reparationen den Privatschulden geopfert werden und niemals werden wir die Unklarheit begehen, vage Hoffungsformeln anzunehmen und die Sicherheit unseres Landes zu gefährden.

Auf die Basler Sachverständigenberatungen eingehend, erklärte der Ministerpräsident, daß nach Ansicht der maßgebenden Politiker Frankreichs die Lage Deutschlands nur auf einen bestimmten Zeitraum ins Auge gefaßt werden könnte, das heißt, für die Periode der wirtschaftlichen Depression. So habe er mit dem Staatspräsidenten Hoover ausgehandelt. Wie im vergangenen Juli werde

Frankreich den unbedingt zu leistenden Teil der Reparationen im Rahmen des Youngplans behandeln und niemals werde Frankreich sich damit einverstanden erklären, die Reparationen den Privatschulden zu opfern. In verschiedenen Ländern, so fuhr Laval fort, habe man zu schnell die Behauptung aufgestellt, daß Schulden und Reparationen annulliert werden müssen. Angesichts der Haltung der Vereinigten Staaten werden die Anhänger derartiger Pläne jetzt mit ihren Behauptungen etwas zurückhaltender sein. Frankreich könne sich auf keinen Fall in eine solche Debatte einlassen.

Zur Frage der Abrüstung führte Laval aus, Frankreich könne sich mit keinerlei Improvisationen einverstanden erklären, die anstelle einer Sicherheitsgarantie Frankreich und mit ihm den Frieden der Welt gefährden würden. In Genf sollen die französischen Delegierten nach Ansicht Lavals jede Formel sorgsam unterzuchen, falls diese wirksam und schnell sei. Aber Frankreich könne nicht die Forderung begehen, Hoffungsformeln, die eine Gefahr für die Sicherheit darstellen, anzunehmen.

## Die Berliner Stillhalteverhandlungen

Die Reichsbank teilt mit: Die mit den Verhandlungen über Erneuerung und Abänderung des Stillhalteabkommens beschäftigten Ausschüsse sind bei der Prüfung der zahlreichen in Frage kommenden Punkte gut vorwärtsgelommen. Die Verhandlungen haben sich seinerzeit in sehr harmonischer Atmosphäre abgepielt. Um den Zeitverlust durch die Weihnachtsfeiertage auf das geringste Maß zu beschränken, haben sich die ausländischen Delegierten bereit erklärt, die Verhandlungen bis einschließlich Dienstag, den 22. Dezember, fortzuführen und alsdann am Montag, den 23. Dezember, wieder aufzunehmen, so daß nur zwei Arbeitstage verloren gehen.

## Lockerung der Realsteuersperre

**II. Berlin, 21. Dez.** Amtlich wird mitgeteilt: Durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ist die für das Rechnungsjahr bestehende Realsteuersperre in der Weise gelockert worden, daß die oberste Landesbehörde für Gemeinden, deren Realsteuersätze unter dem Landesdurchschnitt liegen, für das letzte Viertel des Rechnungsjahres 1931 eine Erhöhung bis zum Landesdurchschnitt zulassen können. Diese Maßnahme war notwendig, weil viele Gemeinden, die bislang mit Rücksicht auf sonstige Einnahmen (z. B. aus Forsten, Grundbesitz und dgl.) mit einem außerordentlich niedrigen Realsteuersatz auskommen konnten, nunmehr aber durch Rückgang oder Wegfall dieser Einnahmen notleidend geworden sind und ohne eine Realsteuererhöhung aus allgemeinen Mitteln hätten unterstützt werden müssen.

In einem aus diesem Anlaß an die Landesregierungen gerichteten Rundschreiben hat der Reichsminister der Finanzen das dringende Ersuchen an sie gerichtet, bei Entscheidung über derartige Anträge von Gemeinden auf Erhöhung der Realsteuern bis zum Landesdurchschnitt einen besonders strengen Maßstab anzuwenden und die

Zulassung von Steuererhöhungen auf das unbedingt gebotene Maß zu beschränken. Bei Gemeinden, die schon Realsteuern haben, die erhebliche Höhen ergeben, müßte insbesondere geprüft werden, ob der Erhöhung der Realsteuern nicht die Einführung noch nicht ausgenutzter Steuern oder Erhöhung anderer vorhandener Steuern vorzuziehen sei.

Ganz besonders gelte dies in den Ländern, in denen nach Landesrecht die Gemeinderealesteuer, soweit sie einen bestimmten Satz überschreite, auf die Mieter umzuliegen sei und daher wie eine Mieterhöhung wirke. Eine Mieterhöhung, auf die eine solche Steuerumlegung hinausläuft, müsse im gegenwärtigen Zeitpunkt — soweit irgend möglich — vermieden werden. In solchen Fällen könne daher nach Ansicht des Reichsministers der Finanzen die Genehmigung der Grundsteuererhöhung nur in ganz besonderen Ausnahmen in Betracht kommen.

## Kleine politische Nachrichten

**Gegen inneren Zwist und Kampf.** Die Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz wenden sich anlässlich des Weihnachtsfestes in einem Hirtenschreiben an die Diözesanen. Diese werden aufgefordert, nach besten Kräften alles zu tun, damit die fürchtbare Not nicht durch inneren Zwist und Kampf erst recht noch ins Unerträgliche gesteigert werde. Das Gebot der christlichen Nächstenliebe gelte auch gegenüber dem politischen Gegner: Auch seine Ehre, sein guter Name, sein Leben und sein Eigentum müßten dem Christen stets heilig und unverletzlich sein.

**Der Wirtschaftsvertrag mit Rumänien.** Die deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen in Berlin konnten abgeschlossen werden. Man wird, wie beabsichtigt, das Abkommen ohne den die Vorzugszölle betreffenden Teil in Kraft setzen und hofft, daß bis zum Frühjahr der Widerstand der Staaten, die gegen die Präferenzen Einspruch erhoben haben, überwunden sein wird. Inzwischen will man als Ersatz der Vorzugszölle der rumänischen Landwirtschaft eine gewisse Absicherung ihres Getreides in Deutschland und der deutschen Industrie ein gewisses Kontingent für ihre Produkte in Rumänien zu sichern.

**Günstiger Verlauf der deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen.** Die deutsch-italienischen Verhandlungen über die Anpassung einzelner Teile des Handelsvertrages an die gegenwärtige Wirtschaftslage führten zur Angleichung der beiderseitigen Standpunkte. Man hofft auf baldigen Abschluß eines Abkommens hierüber. Die deutsche Abordnung wird die Weihnachtsferien zur mündlichen Berichterstattung in Berlin benutzen und am 8. Januar zur Fortsetzung der Verhandlungen nach Rom zurückkehren.

**Der vierte Unterausschuß des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses,** der sich mit der „Zusammenarbeit im Ausland“ befaßt, hat seine Arbeiten beendet. Er hat das Feld seiner Betätigung sowie die Möglichkeiten der Finanzierung der Lieferungen und Arbeiten, die man gemeinsam mit anderen Ländern durchführen könnte, geprüft. Das Studium der finanziellen Fragen wurde einem Sonderausschuß überwiesen.

**Befriedigung in Paris.** In Paris wird die Ablehnung jedes Schulden nachlasses durch Amerika mit einer gewissen versteckten Befriedigung aufgenommen. Diese Stimmung erklärt sich daraus, daß die französische amtliche Politik die Schulden- und Tributfrage grundsätzlich miteinander verbindet und vor der Tribunkonferenz nicht gern auf Zugeständnisse zugunsten Deutschlands festgelegt werden will. Man nimmt den amerikanischen Standpunkt als Bestätigung und Festigung der eigenen Meinung zur Kenntnis.

**Ungarns Zugeständnisse an Frankreich.** Außenminister Briand erstattete dem auswärtigen Ausschuß der Kammer Bericht über die gegenwärtige außenpolitische Lage. Unter anderem soll Briand betont haben, daß die Kredite an Ungarn gegen wichtige ungarische Zugeständnisse an Frankreich gewährt worden seien. So habe sich die Budapest Regierung zum Beispiel gegen den Anschluß festgelegt und in Paris einen für Frankreich vorteilhaften Handelsvertrag abgeschlossen.

**Neue Studentennunnen in Nanjing.** In Nanjing stürmten 3000 Studenten zum zweiten Mal das Hauptquartier der Kuomintang-Partei. Die Studenten, die sämtliche Räume zerstörten und verwüsteten, verschleppten ein Mitglied der Parteileitung, das später erlösen wurde. Die Regierung — teilweise unter dem Druck der auswärtigen diplomatischen Vertreter — befaßte darauf ein militärisches Vorgehen gegen die Studenten.

**Wahlniederlage der Sozialisten in Australien.** Die sozialistische Arbeiterregierung von Australien hat in den Parlamentswahlen eine schwere Niederlage erlitten. Die Nationalisten und die Landpartei haben große Erfolge erzielt, während die Sozialisten 12 Sitze verloren haben. Von den 18 freigeordneten Sitzen im Senat werden 15 von Mitgliedern der neuen Regierungsparteien und 3 von der Arbeiterpartei, die sich jetzt in der Opposition befindet, besetzt werden.

## Reine Betriebsräte wahlen 1932

**II. Berlin, 21. Dez.** Amtlich wird mitgeteilt: Aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 hat die Reichsregierung eine Verordnung über Anfall der Betriebsräte wahlen im Jahre 1932 vom 14. Dezember 1931 erlassen. Danach wird die Amtsdauer aller Mitglieder von Betriebsräten und aller Betriebsobmänner, die durch Ablauf der Wahlzeit im Kalenderjahr 1932 enden würden, um ein Jahr verlängert. Neuwahlen können also nur stattfinden, soweit die Wahlzeit der bestehenden Betriebsvertreter vor dem 1. Januar 1932 abläuft oder soweit aus anderen Gründen das Amt der Betriebsvertreter erlischt. Die Vorschrift findet keine Anwendung, wenn die Neuwahl vor dem 9. Dezember 1931 eingeleitet und vor dem 1. Januar 1932 durchgeführt ist.



Gurgle auch auf der Straße!  
natürlich trocken mit  
**Möglisch**



**Schwarzwaldverein**  
Ortsgruppe Bad Teinach  
**Weihnachtsfeier**  
am 26. Dezember, abends 7 Uhr  
im Badhotel  
Eintritt für Nichtmitglieder 1 RM.  
Der Reinertrag ist für wohltätige Zwecke bestimmt.

**HANS HAHN**  
UHRMACHER / OPTIKER  
BADSTRASSE 5

Empfehle zu Weihnachten

Moderne Armbanduhren / Tisch- und Zimmeruhren / kl. Wecker  
Küchenuhren / Moderne Schmuckwaren / Silberne Bestecke in vielen Mustern am Lager zu zeitgemäßen Preisen

Niederlage der Zentra-Uhren

**Evang.** Buchhandlung  
Carl Spambalg  
Calw  
Fernsprecher 180

empfeht

Gefang-, Andachts- und Predigtbücher, Bibeln, Kalender und Lesebüchlein  
reiche Auswahl in der gesamten guten Literatur  
Jugendbücher und -Schriften, Bilderbücher, Spiele, Krippen und Transparente  
Wandsprüche, Bilder gerahmt und ungerahmt  
Photo- und Schreibalben, Schreibmappen  
Briefpapiere, Füllfederhalter  
Musikinstrumente und Zubehörteile.

**Extra Angebot**

Auf Weihnachten empfehle ich

**Junges schönes Hirschfleisch**  
(Schlegel und Ziemer)  
Pfd. 90 Pfg.  
Baj. Pfd. 75 Pfg.  
Ragout Pfd. 50 Pfg.  
(Rehschlegel und -Ziemer)  
Hajenshlegel u. -Ziemer)  
Pfd. 1.10 Mk.  
Rehbrat Pfd. 90 Pfg.  
Rehragout Pfd. 60 Pfg.

**Adolf Reich**  
Wildpret-Handlung  
Telefon 233.

Schenkt  
Schlittschuhe und  
Rodelschiffen  
von  
**Carl Herzog**  
Eisenhandlung

**Billige Weine**

**Naselnüsse**  
Pfd. nur 45 Pfg.

**Lebkuchen**  
3 Stück nur 25 Pfg.

**Baumbehang**  
1/2 Pfd. nur 45 Pfg.

**Nürnberger Allerlei**  
(Gebäck)  
1/2 Pfd. nur 40 Pfg.

**Niersteiner**  
1/4 Flasche 95 Pfg.

**Ober-Ingelheimer**  
1/4 Flasche 95 Pfg.

**Kaffee**  
stets frisch  
das Pfd. von 2.- an

**Hamburger Kaffee-Lager**  
Fritz Mönch  
Niederlage  
**Thams & Garfs**

**Ski** mit Bindungen und Stöcken  
in allen Größen  
empfeht  
**Karl Rehm, Wagnerei**  
Sulzengasse

Ihre Verlobung  
am Weihnachtsfest müssen Sie  
Verwandten, Freunden und Bekannten  
im Calwer Tagblatt bekannt geben.

Ich bitte meine werte Kundschaft  
den für die Festtage in Betracht  
kommenden Bedarf an Weihnachtsgebäck zu bestellen.

Zu haben sind

Weihnachtsstollen Haselnußringe  
Hefenkränze Mürbe Kuchen  
Sträußelkuchen Große mürbe Brezeln  
Gugelhupfen Ringe in allen Größen

**Hermann Schnürle**  
Telefon 293

Zwangs-  
vollstreckung

versteigert am Mittwoch, den 23. ds. Mts., vor 10 Uhr gegen bare Bezahlung:

3 leere Fässer, 150 bis 250 Liter haltend.  
Zusammenkunft b. Rathaus Weidenbach  
Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw.

Gehängen  
Im Wege der  
Zwangs-  
vollstreckung

versteigert am Mittwoch, den 23. ds. Mts., nachm. 1 Uhr geg. bare Bezahlung:

1 Kuh zirka 3 Jahre alt  
Zusammenkunft b. Rathaus Weidenbach  
Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw.

KEIN FEST OHNE BLUMEN

DESHALB GEHÖREN BLUMEN UND PFLANZEN AUF DEN WEIHNACHTSTISCH

tante lenz trinkt gern kaffee

sie kommt weihnachten zu besuchen, kaufen sie deshalb die vortheilhafte weihnachtsdose (altsilber imit.) gefüllt mit feinstem hag-bohnenkaffee

Pfeiffer

nur 2.25 bei

(große auswahl in geschenkartikel)  
(bitte besichtigen sie meine fenster!)

Ältere Lebens-Vers.-Gesellschaft  
mit anerkannt günstigen Tarifen  
(auch Beamtenversicherung)  
sucht tüchtigen Herren als

**Bezirks-Raffier.**

Abgebauter Beamter oder Geschäftsmann bevorzugt.  
Herren, welche glauben, neben dem Inkasso auch neue Mitglieder werben zu können und Kaution oder Bürgschaft zu stellen in der Lage sind, wollen Off. einreichen unter **J. M. 298** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gedenkt der armen  
**Veteranen**  
**Kriegerwitwen**  
**und Kriegerwaisen**  
und bereitet ihnen in der heutigen Nothzeit eine kleine  
**Weihnachtsfreude**

Geldspenden, auch die kleinsten, sowie Naturalien jeglicher Art nehmen dankbar entgegen

Delan a. D. Zeller  
Bezirksobmann Rühle  
Stadtpfarrer Leckus.

Geldbeträge können auch an die Girokasse der Oberamtsparkasse Calw unter **Nr. 551** eingezahlt werden.

**AUF DEN GABENTISCH  
zu Weihnachten**

Wintermäntel in guten Stoffen	12 <sup>50</sup>
Wintermäntel mit Pelz raren	19 <sup>50</sup>
Wintermäntel mit reicher Pelzgarnitur	24 <sup>00</sup>
Wollkleider in Tweedstoffen	3 <sup>90</sup>
Seidenkleider alle Farben	12 <sup>00</sup>
Seidenkleider in Merce an	16 <sup>50</sup>
Wintermäntel in allen Farben	3 <sup>50</sup>
Kindermäntel engl. Stoffe	5 <sup>50</sup>
Morgenröcke in allen Farben	2 <sup>00</sup>

**Krüger & Wolff**  
FORZHEIM  
Das große Spezialhaus für Damenkonfektion

**Linoleum** Sonderverkauf

Linoleum fehlerfrei, 200 breit, qm	2.50	2.20	1.95
Linoleum-Teppich ohne Kante 200/300	15.-	13.20	11.70
Linoleum-Teppich mit Borde 200/300	22.-	19.-	
200 breit moderne Muster	qm	1.70	
mit kleinen Fehlern	qm	1.58	

**Stragula**  
Emil G. Widmaler, Bahnhofstraße

Freie Bäcker-Innung Calw u. Umgebung  
**Brotabschlag**

Ab Mittwoch, den 23. Dezember kostet

1 Kilo Roggenbrot	38 Pfg.
1 " Halbweiß	40 Pfg.
1 " Kornbrot	40 Pfg.
1 " Weißbrot	50 Pfg.
1 Paar Wecken ohne Roggenmehlbeimischung	8 Pfg.
Gewicht 90 - 100 g	
Milchbrot	4 Pfg.

Wir teilen dem Publikum mit, daß am Heiligen sowie Silvester-Abend nach 4 Uhr nichts mehr zum Backen angenommen wird.  
Der Ausschuss.

**Keilich**

Frisch eingetroffen:  
Feinste milde Bismarckheringe  
Kodmops  
Heringe in Gelsee  
offen und in 1/2 und 1/4 Literdosen.  
Ferner:  
Heringe in Mayonnaise,  
Tomaten- und Milchance  
Alles in best. Qualität.

**Keilich**

Meine **Präsentskörbe** sind ein sehr beliebtes Weihnachtsgeschenk, zu haben in allen Preislagen.

Beachten Sie bitte mein Spezialfenster.

5 Spezialitäten zum Fest:  
Feinster Südwein-Bernuth  
1/2 Flasche 90 Pfg.  
1/2 " 50 Pfg.

feinster Malaga-Gold  
1/2 Flasche 1.60  
1/2 " 1.-90

10 Pfg. Flaschenpfand  
Feinste Marken-Pläöre  
1/2 Flasche 2.40  
1/2 " 4.50

Feinster alter deutscher Weinbrand  
1/2 Flasche 3.80  
Beste alter Rotwein Ingelheimer offen Liter 70 Pfg.

**Christbaumständer**



in großer Auswahl bei  
**Carl Herzog**  
Eisenhandlung

**Vogelwetter**  
zum Ausstreuen bei  
**Alfred Lutz**

Für Geschenke:  
**Seilen-Karions**  
in allen Preislagen,  
ferner:  
**Baumkerzen**  
weiß und bunt  
empfeht  
**Ch. Schlatterer**  
Wiederverkäufer billigst

Suche auf 1. Hypothek  
**400 RM.**  
aufzunehmen.  
Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Rasiermesser**  
werden haarscharf abgezogen bei  
**Friseur DERMATT.**